



Vorlage an den Landrat des Kantons Basel-Landschaft

Titel: Mündliche Anfragen für die Landratssitzung vom 20. September 2012

Datum: 18. September 2012

Nummer: 2012-273

Bemerkungen: [Verlauf dieses Geschäfts](#)

Links:

- [Übersicht Geschäfte des Landrats](#)
- [Hinweise und Erklärungen zu den Geschäften des Landrats](#)
- [Landrat / Parlament des Kantons Basel-Landschaft](#)
- [Homepage des Kantons Basel-Landschaft](#)



Mündliche Anfragen

für die Landratssitzung vom 20. September 2012

Vom 18. September 2012

1. Marie-Theres Beeler; Warum stellt der Kanton der Kantonalen Psychiatrie Land für zusätzliche Parkplätze zur Verfügung?

Auf dem Areal der Psychiatrie Baselland werden 50-60 neue Parkplätze erstellt. Das Land dafür wird vom Kanton im Baurecht abgegeben.

Fast zeitgleich hat der Regierungsrat im Rahmen des Entlastungspaketes das Reglement für die Benützung von Parkplätzen durch Mitarbeitende des Kantons (was die Mitarbeitenden der Klinik de facto noch sind) leicht nach oben angepasst. Diese minimalen Mehrkosten für eine Parkplatzmiete scheinen demnach die Nachfrage keineswegs zu begrenzen.

Fragen:

1. Aufgrund welcher Bedarfsprognose wird die Anzahl der Parkplätze auf dem Areal der Psychiatrie BL massiv erhöht?
2. Welche Folgen hat ganz generell die Erhöhung der Parkplatzgebühr durch Kantonsmitarbeitende für die Nachfrage nach kantonseigenen Parkplätzen?
3. Findet der Regierungsrat die Miete von CHF 600.-/Jahr angemessen für einen Parkplatz, der Boden im Wert von ca. CHF 17'600 beansprucht? (22m2 à 800 Franken)

2. Ruedi Brassel: BUD-Reorganisation ohne gesetzliche Grundlage?

Im Rahmen einer umfangreichen Reorganisation der Bau- und Umweltdirektion werden offenbar Massnahmen ergriffen, welche die gesetzlich vorgegebenen Grundlagen tangieren. Bisher sind diese Grundlagen (u.a. Verwaltungsorganisationsgesetz und das Dekret dazu) nicht geändert worden. Dieses Vorgehen löst die folgenden Fragen aus:

Fragen:

1. Um was für eine Reorganisation handelt es sich und wann tritt sie in Kraft?
2. Welche gesetzlichen Grundlagen müssen angepasst werden?
3. Ist garantiert, dass die Inkraftsetzung der neuen Organisation erst erfolgt, nachdem die erforderlichen gesetzlichen Änderungen erfolgt und eine solide Rechtsgrundlage geschaffen worden ist?
4. Wie wurden die betroffenen Dienststellen und das Personal in diese Reorganisation einbezogen?

3. Marie-Theres Beeler: Welche Massnahmen unternimmt der Kanton BL nach dem grossen Bienensterben auf dem Bruderholz?

Im Juli haben auf dem Bruderholz zwölf Imker ein Drittel ihrer Bienen verloren. Grund dafür war der Einsatz eines Pflanzenschutzmittels durch einen Bauern. Gemäss Presseberichten hält der kantonale Pflanzenschutzdienst dieses Ereignis nicht für dramatisch, sondern schreibe es der Verquickung verschiedener ungünstiger Umstände, insbesondere der Witterung zu.

Fragen:

1. Welches Pflanzenschutzmittel hat das Bienensterben verursacht?
2. Welche Konsequenzen werden aus dem Ereignis gezogen?
3. Ist der Regierungsrat noch immer der Meinung, dass es "keinen Bedarf für eine dringende Intervention beim Bund" gibt (Antwort auf eine Interpellation am 17. August 2010), damit Bienen bedrohende Substanzen in der Landwirtschaft verboten werden, die in anderen Ländern bereits verboten sind

Landeskanzlei Basel-Landschaft